

Kommentar Wirtschaftspolitik  
2014/17 | 23.10.2014

## Wachstum, Beschäftigung und partizipative Demokratie Zur Gegenwart und Zukunft des österreichischen Weges

Der Bad Ischler Dialog 2014 der österreichischen Sozialpartner widmete sich einer intensiven Diskussion zum Thema „Sozialpartnerschaft“. Im Fokus der Diskussionen standen die Wirkungen von Sozialpartnerschaft auf Wirtschaft und Gesellschaft, die Bedeutung sozialpartnerschaftlicher Strukturen in der Zukunft und die verstärkte Einbindung der jungen Generation in sozialpartnerschaftliche Entscheidungsprozesse.

Länder mit einer höheren **sozialpartnerschaftlichen Intensität** weisen eine bessere makroökonomische Performance auf: Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsrate sind höher, die Arbeitslosigkeit - insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit - geringer und die Reallohnentwicklung höher. Darüber hinaus sind Länder mit ausgeprägten sozialpartnerschaftlichen Strukturen besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des WIFO, in welcher anhand von 16 europäischen Ländern im Zeitraum 1990 bis 2012 die Wirkungen sozialpartnerschaftlicher Strukturen auf unterschiedliche Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Performance untersucht wurden.<sup>1</sup>

Eine Studie von Prof. Schneider<sup>2</sup> kommt zu dem Ergebnis, dass eine Erhöhung der **Intensität der Sozialpartnerschaft** in Österreich um etwa 10 Prozent das Wirtschaftswachstum im Gesamteffekt um etwa 0,2 Prozentpunkte erhöhen würde. Ein wesentlicher Vorteil von sozialpartnerschaftlicher Koordination sei, dass gesamtwirtschaftliche Umstände verstärkt in Verhandlungen einfließen (zu Ungunsten von partikulären Interessen). Weitere positive Effekte von Sozialpartnerschaft äußern sich in Sicherheit, planbaren Umständen und einer schnelleren Beilegung von Konflikten. Dies führt häufig zu gesamtwirtschaftlich stärkerem Wachstum und geringeren Kosten. Neben diesen positiven Folgen kann es jedoch auch zu *Rent-Seeking* kommen: *Rent-Seeking* entsteht dadurch, dass es Mitgliedern sozialpartnerschaftlicher Institutionen (insbesondere in ausgeprägten Staatssektoren) möglich sei, Eigeninteressen im Rahmen politischer bzw. politiknaher Aktivitäten zu verfolgen. In Österreich überwiegen die positiven Effekte die negativen: Von der Sozialpartnerschaft gehen insgesamt positive Wachstumseffekte aus.

Für Emmerich Tálos ist die Sozialpartnerschaft in Österreich im Unterschied zu anderen Formen der Interessenvermittlung (z.B. Lobbyingagenturen) durch eine Orientierung an gemeinsamen Zielen, wie einem hohen Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau, einem breiten Aktivitätsradius und höheren politischen Einfluss geprägt. Wesentlich sei die Akzeptanz der Regierung: Ohne Zusammenarbeit mit der Regierung könne die Sozialpartnerschaft nicht funktionieren. Während der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung 2000 bis 2006 hätten die Sozialpartner an Einfluss verloren, während es im Kontext der neuerlichen Großen Koalition zu einer Wiederbelebung des Musters kooperativer, konzen-

**Medieninhaber/Herausgeber:**  
Wirtschaftskammer Österreich  
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik  
Leitung: Dr. Christoph Schneider  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien  
[wko.at/wp](http://wko.at/wp)  
[wp@wko.at](mailto:wp@wko.at)

**AutorIn:**

Mag. Karin Steigenberger, BA  
+43 (0)5 90 900-4262  
[Karin.steigenberger@wko.at](mailto:Karin.steigenberger@wko.at)

Mag. Alexander Kern  
+43 (0)5 90 900-4910  
[Alexander.Kern@wko.at](mailto:Alexander.Kern@wko.at)

<sup>1</sup> Leibrecht, M. und Roscha-Akis, S. (2013): Sozialpartnerschaft und makroökonomische Performance. WIFO.

<sup>2</sup> Schneider, F. et al. (2013): Sozialpartnerschaft und Wirtschaftswachstum. Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung mbH.

trierter und akkordierter Interessenpolitik kam.

Die Präsidenten wie auch die Zukunftsgeneration<sup>3</sup> der österreichischen Sozialpartner sind überzeugt davon, dass die Sozialpartner auch in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen und ihre Expertise und Vorschläge in die Politik einbringen werden. Wesentlich dabei sei, dass die Sozialpartner-Institutionen über eine hohe Leistungsbereitschaft verfügen und weiter zu positiven Problemlösungen in Österreich beitragen.

Für Wirtschaftskammer-Präsident Leitl sind Weitblick und langfristiges Denken die zentralen Kennzeichen der Sozialpartnerschaft. Auch in Zukunft werden sich die Sozialpartner nicht auf spezifische Kernaufgaben beschränken, v.a. deshalb, weil ganzheitliches Denken weiter an Bedeutung gewinnen wird. In Zukunft werden die Sozialpartner ihre Interessen klarer darlegen und die Ziele noch besser formulieren müssen. Selbstverständlich vertreten die einzelnen Sozialpartner-Organisationen oft sehr unterschiedliche Interessen - entscheidend ist aber die Bereitschaft zur Diskussion und zur Kompromissfindung. Von ganz entscheidender Bedeutung wird sein, dass die Sozialpartner geeignete Maßnahmen und Lösungsansätze für die Herausforderungen der Zukunft finden: Die Welt befindet sich in den kommenden Jahren in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Kein europäisches Land wird in Zukunft noch zu den TOP-Ländern gehören. Nur als Teil einer starken Europäischen Union können die europäischen Länder stark sein. Vor diesem Hintergrund muss die Sozialpartnerschaft auch in Europa auf eine breitere Basis gestellt werden. Auch AK-Präsident Kaske betont, dass sich in Zukunft wesentliche Verantwortungsbereiche der Sozialpartner auf EU-Ebene entwickeln werden.

ÖGB-Präsident Foglar sieht Schwierigkeiten darin, das Modell der Sozialpartnerschaft auf europäischer Ebene zu etablieren, weil die Basis dafür fehle. Sozialpartnerschaftliche Strukturen sind historisch gewachsen und können nicht von einem Tag auf den anderen geschaffen werden. Wesentlich für den Fortbestand der österreichischen Sozialpartnerschaft ist die Einbindung der jungen Generation. Wichtig sei, dass es Menschen gebe, die die Sozialpartnerschaft tragen.

Auch für Landwirtschaftskammer-Präsident Schultes ist die Mitsprache der Jungen von hoher Bedeutung. Es sei die Pflicht der „Jungen“, mitzureden und mitzugestalten, gleichzeitig sei es die Pflicht der Älteren, die Anliegen der „Zukunftsgeneration“ ernst zu nehmen.

Die „Zukunftsgeneration“ hat sich zum Ziel gesetzt, sich künftig stärker in die Sozialpartnerschaft einzubringen und diese mitgestalten zu wollen. Eine stärkere Einbindung der „Jungen“ sei notwendig, da ein Großteil der Entscheidungen von Politik und Sozialpartnern von der Jugend umgesetzt, bezahlt und getragen werden muss.

Wesentlich für das Funktionieren der Sozialpartnerschaft ist die gesetzlich geregelt Mitgliedschaft, bzw. die „**solidarische Mitgliedschaft**“, die gewährleistet, dass alle Bevölkerungsgruppen erfasst sind und das Allgemeininteresse in den Vordergrund rückt. Diese gesetzlich geregelte Mitgliedschaft gewährleistet, dass fast 99 % der Arbeitsverträge durch einen Kollektivvertrag geregelt sind und insgesamt die Sozialpartnerschaft ihre positiven Wirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft entfalten kann.

---

<sup>3</sup> Die „Zukunftsgeneration“ der Sozialpartner setzt sich aus der „Jugendgeneration“ der Sozialpartner-Organisationen zusammen: Junge Wirtschaft, Landjugend und Gewerkschafts- und Arbeiterkammer-Jugend.